

Pressemitteilung

Solidarität mit den Beschäftigten von Galeria

Gemeinsames Vorgehen der Ruhrgebietskommunen sinnvoll – „Raubtierkapitalismus“ stoppen!

Die angekündigte Schließung der fünf Warenhäuser von Galeria Karstadt Kaufhof in Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Dortmund und Essen sowie die Entlassung von etlichen Beschäftigten in der Konzernzentrale in Essen und der Logistikzentren Essen-Vogelheim und Unna ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) sowohl für die Belegschaften wie für die Städte ein schwerer Schlag. Obwohl sie jahrelang Lohneinbußen von bis zu 5.500 Euro jährlich hingenommen haben, sollen nun insgesamt 5.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren, allein in Essen 1.025.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Das Ruhrgebiet ist von den Schließungsplänen besonders betroffen. Wir sind mit den Beschäftigten solidarisch! Neben den Entlassungen würden die fünf betroffenen Städte auch durch den Verlust wichtiger Anlaufpunkte in ihren Innenstädten bzw. wichtiger Ankermieter in zentralen Einkaufszentren wie in Essen getroffen. Schließlich hat Galeria bislang Kund*innen angesprochen, die ein breites und vielfältiges Sortiment erwarten und nicht nur austauschbare Modelabels. Während die Beschäftigten ihren Beitrag zur ‚Sanierung‘ des Konzerns geleistet haben, hat der Besitzer, der Multimilliardär René Benko, es bis zuletzt abgelehnt, selbst Geld aus seinem Milliardenvermögen zu investieren, um den Konzern zusammen mit der Belegschaft zukunftsfähig aufzustellen, z.B. durch die Entwicklung eines zeitgemäßen Internethandels im Verbund mit den Kaufhaus-Standorten. Das ist ‚Raubtierkapitalismus‘ pur!“

DIE LINKE im RVR begrüßt die Bemühungen der Stadtspitzen in den betroffenen Städten, die Schließungen noch zu verhindern. Immerhin sind auch die Umsätze von Galeria in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2022 gestiegen, von 2,1 auf 2,45 Milliarden Euro. Sinnvoll wäre es, wenn die Städte im Ruhrgebiet bei ihren Versuchen an einem Strang ziehen würden. Deshalb wird DIE LINKE im RVR den anderen Fraktionen vorschlagen, auch bei der Verbandsversammlung am 31.3.2023 eine entsprechende Solidaritätsresolution zu behandeln.

Wolfgang Freye weiter: „Auch wenn ein Teil der Galeria-Beschäftigten sicherlich relativ rasch einen neuen Arbeitsplatz finden würde – auch in den Öffentlichen Verwaltungen, die einen hohen Bedarf haben – so werden sich andere zumindest deutlich verschlechtern. Denn gerade im Einzelhandel sind viele Geschäfte nicht mehr tarifgebunden und zahlen wenig. Deshalb muss weiter alles versucht werden, René Benko endlich in die Pflicht zu nehmen. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, zumindest eine Transfergesellschaft für die Beschäftigten mitzutragen und die Erarbeitung von Konzepten für die Zukunft der Innenstädte zu unterstützen. Es muss verhindert werden, dass ausgerechnet im Ruhrgebiet die Innenstädte veröden!“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Sie erreichen Wolfgang Freye unter 0163 73 58 030.